

„Greed kills“: zu den Lehren aus der Weltfinanzkrise Dr. Christian Gülich, Hamburg (Februar 2009)

I. Momentaufnahme

Seit 2008 ist die so genannte "Finanzkrise" in aller Munde und avancierte sogar zum Wort des Jahres 2008! Was als "Subprime Crisis" in den USA 2007 begann, führte 2008 in mehreren Wellen zu bis dato nicht vorstellbaren Kurswertverlusten innerhalb nur eines Jahres an den Börsen weltweit und zu einer nicht endenden wollenden Bankenkrise mit spektakulären Übernahmen und Insolvenzen in den USA (Bear Stearns, Merrill Lynch, Lehman Brothers, Washington Mutual u.a.). 25 Banken in den USA meldeten allein 2008 Insolvenz an, das Investmentbanking als eigenständiges Geschäftsmodell ist Geschichte!

Der nächste Schritt könnte eine zeitweise Verstaatlichung von Privatbanken nicht nur in den USA, sondern auch in einigen europäischen Ländern, darunter Deutschland, sein. Unabhängig davon, wie diese Verstaatlichung im Detail gestaltet wäre, dramatischer geht es eigentlich nicht: nur 18 Jahre nach dem Ende des Sowjetkommunismus als ordnungspolitisches "Modell" haben „Bad Banker“ sich selbst dermaßen in Grund und Boden gewirtschaftet, dass sie es selbst sind, die den ansonsten verachteten Staat um Hilfe bitten müssen.

"Greed kills" ("Gier tötet"): so stand es geschrieben auf vielen Transparenten mitten in der New Yorker Wall Street im September 2008 nach der Insolvenz der Bank Lehman Brothers. Man muss sich immer wieder klar machen, um welche Dimensionen es geht. Im Oktober 2008 schätzte die Bank of England den durch die "Subprime Crisis" entstandenen Schaden auf etwa 2.800 Milliarden Dollar. Je nach dem, welchen Wechselkurs zwischen Dollar und Euro man ansetzt, entspricht dies etwa dem *acht*-fachen des Bundeshaushaltes von 2008. Der deutsche Staat (ohne die Bundesländer) wäre also achtmal hintereinander bankrott, müsste er diese Summe begleichen!

Die Hauptlast dieser immensen Wertberichtigungen und Abschreibungen müssen natürlich die USA tragen. Nachdem die vorherige Bush-Administration Ende 2008 immerhin noch staatliche Unterstützungsgelder von ca. 800 Mrd. Dollar bewilligt hatte, hat der neue US-Präsident Obama unmittelbar nach seinem Regierungsantritt die zusätzliche Mobilisierung von ein bis vier Billionen Dollar in Aussicht gestellt. Mit anderen Worten: wir kommen der Sache so langsam näher...

Ehrlicherweise kann augenblicklich niemand sagen, wie lange und wie tiefgehend diese Krise noch weitergehen wird. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Januar 2009 wurden bisher etwa 1.100 Mrd. Dollar an Verlusten weltweit durch die Banken realisiert. Einer der entscheidenden Punkte dürfte sein, wie viele "toxische", d.h. wertgeminderte oder gar vollkommen wertlose Wertpapiere in den Bankenbilanzen noch versteckt sind, und in welchem Rhythmus ihre jeweilige Fälligkeit ist: je größer und je schneller, desto gefährlicher! Allein für die deutschen Banken wurde Anfang Februar 2009 die Größenordnung der möglicherweise noch ausstehenden

„Abschreibungen“ auf ca. 600 Mrd. Euro geschätzt (nochmals zum Vergleich: die Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes 2008 beliefen sich auf 283,2 Mrd. Euro).

Augenblicklich ist der Druck der Verhältnisse so stark, dass Folgendes klar geworden sein muss: es ist nicht irgendeine, wenn auch sehr große Börsenblase geplatzt (wie der "Schwarze Freitag" im Oktober 1929 oder die "new economy"-Blase 2000/2001), sondern die gegenwärtige geldwirtschaftliche Ordnung ist in ihrem Kern bedroht. Deshalb gibt es auch keine wirkliche Parallele zu den vorherigen Börsenkrisen, es ist eine *kombinierte* Eigenkapital- und Liquiditätskrise. Bei der jetzt notwendigen zusätzlichen Staatsverschuldung muss sogar bewusst die weitergehende Gefahr in Kauf genommen werden, dass hieraus langfristig eine Hyperinflation entsteht - unweigerlich verbunden mit einer noch viel weitergehenden Wertvernichtung als alle bisherigen Börsenverluste.

Dieses erklärt die berechtigte Wut auf die Banker: es dürfte eine letztlich recht überschaubare Gruppe von Akteuren gewesen sein (vor allem Immobilienverkäufer, Banker, Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfer), die der Spekulation auf höhere Immobilienpreise in den USA erlag und deshalb ohne jedes Maß Immobilienkredite vergab (angesichts sehr niedriger Zinsen zu einem bestimmten Zeitpunkt), diese mit anderen Krediten oder sonstigen Zahlungsverpflichtungen "bündelte", diese "Wertpapiere" außerhalb der normalen Bankenbilanzen ansiedelte und weltweit immer weiter verkaufte. Ein System, welches nur Eingeweihte wirklich verstanden, und der staatlichen Banken- und Wertpapieraufsicht nicht besonders auffiel, da sie in den USA unter der Bush-Administration sowieso geschwächt war und eine effektive Aufsicht nicht durchführen konnte bzw. wollte.

Allein die unmittelbare Krisenbewältigung wird sicherlich noch das gesamte Jahr 2009 anhalten. Lehren aus dieser Krise müssen nicht nur im internen "Risikomanagement" der Banken, sondern aus dem Zusammenspiel von Eigenkapitalquote und Liquiditätsfluss zwischen den Banken gezogen werden. Alle Regelungen der staatlichen Banken-, Börsen- und Wertpapieraufsicht müssen einer detaillierten Überprüfung unterworfen werden, einschließlich der Einführung einer komplett neuen Aufsicht über die internationalen Ratingagenturen. Außerdem müssen völlig neue Regelwerke für Vergütungen und für Sanktionen finanzieller und (straf-)rechtlicher Art bei Verstößen durch das Management geschaffen werden. Langfristige Kapitalanlage mit stabilen Erträgen statt kurzfristiger „Überrendite“ muss zu den unabdingbaren Zielvorgaben gehören.

Und die individuellen Banker, Makler, Finanzdienstleister? Hat so etwas wie "Ethik" eine Chance gegen "greed"? Schön wär's, aber Skepsis ist wohl angebracht. Natürlich muss jeder Einzelfall gesondert betrachtet werden, und es darf keine Pauschalverurteilung geben. Ein bisschen Spekulant steckt schließlich in (fast) jedem. Betrüger haben immer dort eine besonders gute Chance, wo der Betrogene selbst entweder "Überrenditen" oder "am Fiskus vorbei" verdienen möchte. Es ist schließlich kein Zufall, dass mitten in der "Finanzkrise" Schneeballsysteme z.B. eines Madoff auffliegen. Man muss es sich klar machen: nur weil durch die Börsenkrise die Mittel nicht mehr ausreichend zuströmen, brach dieses betrügerische System erst zusammen. Vorherige Warnsignale, die es ja gab, wurden durchweg ignoriert. Die Kapitalvernichtung nur in diesem einen Fall soll ca.

50 Mrd. Dollar betragen...

Dennoch ist die manchmal auch auf Seiten der Anleger vorhandene "Gier" keine Entschuldigung dafür, wenn "Finanzberater" vor allem Verkäufer der hauseigenen Produkte sind. Ob die Banken oder andere Finanzdienstleister zukünftig etwas dazu gelernt haben oder nicht, wird u.a. an den internen Schulungsmaterialien für "Finanzberater" (oder wie immer sie sich nennen) abgelesen werden können: wird objektive, anbieterunabhängige Geldanlageberatung gelehrt oder ist es doch nur eine Verkaufsschulung? Neben den Schulungsinhalten sind selbstverständlich auch hier die Vergütungssysteme grundlegend zu verändern (z.B. Honorarberatung statt Provisionen, Prämierung langfristiger Kundenbeziehungen statt rein umsatzorientierte Neukundengewinnung).

Die Subprime-Crisis wird sicherlich als eine der größten Geldvernichtungsmaschinen in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Wer glaubt, es ginge hauptsächlich um Vermögensverluste von ein paar „Superreichen“ und Spekulanten an den Börsen und deswegen womöglich sogar zur Häme neigt, hat den Kern dieser Krise nicht begriffen. Es ist das Geld selbst als „Transmissionsriemen“ innerhalb der hochdifferenziert-arbeitsteiligen Weltwirtschaft, welches in Gefahr geraten ist. Darin liegt das Ungeheuerliche dieser Krise: die Geldwirtschaft nicht als Prinzip, sondern in ihrer aktuellen Funktionsweise droht durch die ungebremste Kapitalvernichtung außer Kontrolle zu geraten. Wenn die Staaten alle bisherigen Grenzen von Staatsverschuldung durchbrechen, geschieht dieses nicht, um „den Banken“ Kapital zu geben, sondern um die wirtschaftlichen Kreisläufe an sich am Leben zu erhalten. Und die "Realwirtschaft" muss jenseits von konjunkturellen Zyklen und globalen Umbrüchen eine immense Stärke zeigen, um diese Gefahr auf Dauer zu überwinden.

II. Interdisziplinäre Forschungsfragen

Das bisher Gesagte war und ist notgedrungen sehr summarisch, eine Momentaufnahme, angetrieben und immer wieder umgeworfen durch die Tagesaktualität. Die fundierte, nicht nur publizistische, sondern *wissenschaftliche* Aufarbeitung dieser Krise steckt erst in den Anfängen. Die *Komplexität* des Themas ist immens, erfordert *interdisziplinäre* Kooperation und eine exakte Trennung aller *Analyseebenen* (in der Zeit, von den beteiligten Akteuren, ihr Handeln und Nicht-Handeln mit jeweiligen Folgewirkungen, die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen, die notwendigen institutionellen und normativen Entwicklungsperspektiven in allen Bereichen).

Die wirtschafts-, rechts-, politik- und sozialwissenschaftliche Analyse muss zunächst Ursprung, Fortgang und unmittelbare Bewältigung der Bankenkrise erfassen. Diese Zeitachse führt zur direkten *Politikberatung*, wie sie in Deutschland etwa durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung laufend geleistet wird. Deshalb sind die Gutachten der „fünf Weisen“ wie auch die regelmäßigen Publikationen der verschiedenen „führenden“ wirtschaftspolitischen Forschungsinstitute (in Kiel, Hamburg, Essen, Düsseldorf, Köln, München, Halle/ Saale und Berlin) unverzichtbare Primäranalysen. Viele ausgezeichnete Einschätzungen zu Einzelaspekten finden sich auch laufend in der seriösen Wirtschaftspresse.

Jenseits der notwendigerweise vorrangig *finanzökonomischen* Analyse der Ursprünge der Krise in den USA bietet sich jetzt für jede Wissenschaft eine geradezu einmalige Chance, nicht nur analytisch-rückblickend, sondern normativ-zukunftsgerichtet tätig zu werden. Dies stellt sogar eine dringende Notwendigkeit dar, um sowohl in der Analyse als auch bezüglich der Konsequenzen der Krise jeglichen interessegeleiteten *Lobbyismus* definitiv auszuschließen.

Um nur ein *Beispiel* zu nennen: jahrelang haben Lebensversicherer sich über zu strikte Kapitalanlagevorschriften durch die Aufsichtsbehörden beklagt. Höhere Renditen seien nur möglich, wenn sie wie die Banken in Wertpapiere mit höherem Börsenrisiko investieren dürften. Jetzt in der Krise wird all das "vergessen" und sogar damit Werbung gemacht, welche eine sichere Geldanlage Lebensversicherungen im Vergleich zu den undurchschaubaren Bankangeboten doch seien. Schließlich gäbe es für Lebensversicherungen strenge staatliche Auflagen! Insgesamt ein geradezu groteskes Beispiel für gezielte Verbraucherverdummung, von Werbestrategien dagegen wahrscheinlich sogar als genialer Schachzug angesehen - bis zur nächsten Kehrtwendung...

Im Folgenden werden weitere interdisziplinäre *Forschungsfragen* aufgeführt:

Bankenökonomie / Bankenrecht:

Welche deutsche Banken haben sich an dem Subprime-Finanzderivatehandel beteiligt und welche nicht? Wurden bei denjenigen, die sich beteiligt haben, bilanzrechtliche Manipulationen durchgeführt und welche aufsichtsrechtliche Bestimmungen wurden dabei eventuell umgegangen? War es bei den Banken, die sich an diesem Derivatehandel nicht beteiligt haben, „Zufall“ oder gab es klare Vorgaben für das Risikomanagement? Welche dieser Vorgaben, falls vorhanden, könnten eine Allgemeingültigkeit beanspruchen? Welche grundlegend neuen Erkenntnisse in Praxis und Theorie gibt es über den *kombinierten* Rückgang von Eigenkapitalquoten und Liquiditätsströmen?

Aufsichtsrecht:

Warum haben Bankenaufseher und Wirtschaftsprüfer die bilanziellen Schieflagen nicht rechtzeitig bemerkt? Waren es ausschließlich juristische „Lücken“, waren Häufigkeit und Intensität der Kontrollen nicht ausreichend? Verfügen die Aufsichtsbehörden über ausreichend und genügend qualifiziertes Personal, muss ihr grundsätzlicher gesetzlicher Kontrollauftrag erweitert werden? Besteht eine Interessenkollision zwischen Banken und den von ihnen beauftragten Wirtschaftsprüfern (ähnlich wie zwischen den Banken und Ratingagenturen für die Finanzderivate in den USA) – falls ja, wie kann diese überwunden werden? Wie kann und muss die internationale Kooperation der Aufsichtsbehörden in Zukunft gestaltet werden, welche juristischen, informationstechnologischen und institutionellen Voraussetzungen müssen hierfür geschaffen werden? Wie kann garantiert werden, dass die Erkenntnisse aus der aktuellen Krise in die neuen internationalen Bilanzregelwerke für Banken (Basel II) und für Versicherer (Solvency II) ohne jede Einschränkung einfließen und rechtswirksame Gültigkeit erlangen?

Staatsinterventionismus / Staatsverschuldung:

Wie kann eine Sozialisierung von Bankverlusten, aber gleichzeitig eine ausschließliche Privatisierung von Bankgewinnen verhindert werden? Wie können die Banken dazu gezwungen werden, alle gegebenen Unterstützungszahlungen ohne Abstriche zurückzuzahlen? Welche Form des Staatsinterventionismus ist dafür am geeignetsten (zeitweilige Komplettverstaatlichung, "Bad Bank" für abzuschreibende Wertpapiere, Weiterentwicklung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ o.a.)? Wie kann definitiv ausgeschlossen werden, dass aus der zusätzlichen Staatsverschuldung die langfristige Gefahr einer Hyperinflation entsteht, die unweigerlich zu einer absoluten Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen führen würde, d.h. auch derjenigen Gruppen, die börsennotierte Wertpapiere überhaupt nicht besitzen?

Neben diesen eher *prozess- und strukturpolitischen* Maßnahmen innerhalb der Finanzökonomie muss es aber auch um grundsätzliche *ordnungspolitische* Fragen auf makroökonomischer und gesamtgesellschaftlicher Ebene gehen. Wenn nach *Georg Simmel* die Verbreitung der Geldwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Abstraktion des menschlichen Denkens geleistet hat, dürfen aufklärerische und sogar erzieherische Aspekte nicht fehlen. Es sollte auch um die Verdeutlichung weltwirtschaftlicher Interdependenzen sowie um das Erlernen eines neuen Umgangs mit dem "Rohstoff" Geld gehen.

Theoretische und angewandte Wirtschaftswissenschaften:

Führt das aktuelle „deficit spending“ zur Überwindung des traditionellen Gegensatzes zwischen Keynesianismus und Monetarismus? Warum sind in der öffentlichen Diskussion der Bankenkrise die theoretisch orientierten Ökonomen kaum zu hören? Kann es daran liegen, dass die Bedeutung von mathematisch-statistischen Modellen in Forschung und Lehre zurückgenommen und stattdessen struktur- und ordnungspolitische Ansätze wieder stärker gewichtet werden müssen? Gibt es dabei eine Parallele in den methodischen Ansätzen zu Börsenprognosen (technische Chartanalysen versus Fundamentalanalysen)? Kann es zu einer Revitalisierung des Ordo-Liberalismus kommen, um sowohl Markt- als auch Staats-„Ideologen“ entgegenzutreten? Sollen und können „Kapitalismus“ oder „Neo-Liberalismus“ als Begriffe überhaupt noch eine Rolle in den ordnungspolitischen Diskussionen spielen, und wie können diese Begriffe entweder präzisiert oder aber ersetzt werden?

Verbändestaat:

Wie versuchen die Verbände der Finanzwirtschaft (Banken, Versicherer, Finanzvertriebe u.a.) Einfluss auf die Gesetzgebung zu erhalten? Wie werden sogar in der aktuellen Krise Scheinargumentationen aufgebaut, um Partikularinteressen durchzusetzen (z.B. zur Verhinderung von Schadenersatzforderungen bei Falschberatung oder in der Kritik der Versicherer an Garantiefonds, die vor allem eine unliebsame Konkurrenz sind)? Welche Argumentationen werden vorgebracht, um neue gesetzliche Vorgaben für transparentere und einfachere Finanzangebote für Privatkunden möglichst zu verhindern (hinsichtlich Risikoeinstufung, Gewinnbeteiligung, Gebührenoffenlegung usw.)?

Finanzvertrieb als Erwerbstätigkeit / Verbraucherschutz:

Wie müssen Vergütungssysteme in der Finanzbranche grundsätzlich gestaltet werden, damit auch im Kontakt zum privaten Endkunden Falschberatung möglichst

ausgeschlossen werden kann? Wie müssen Lehrpläne und Schulungen zu Geldanlage und Altersvorsorge von Privatpersonen so umgestaltet werden, dass „Finanzberater“ eine umfassende und anbieterunabhängige Beratung wirklich gewährleisten können? Wie kann durch Zertifizierungen und staatlich geschützte Berufsbezeichnungen gesichert werden, dass nur qualifizierte Personen in der Finanzberatung tätig sind? Welche Informations- und Dokumentationspflichten bei Beratungsgesprächen sowie welche Verjährungsfristen und Beweislastumkehrungen müssen zur Sicherheit der Privatkunden und möglicher Schadensersatzklagen eingeführt bzw. verschärft werden (vgl. zu all diesen Punkten beispielhaft die im Januar 2009 vom Bundesverbraucher-schutzministerium für vorgestellte Studie: „Anforderungen an Finanzvermittler – mehr Qualität, bessere Entscheidungen“)?

Wirtschaftsethik:

Ist es sinnvoll, das immer wieder vorgebrachte Leitbild des "ehrbaren Kaufmannes" neu zu beleben? Wie können Berufsausbildungsträger, aber auch Berufs- und Wirtschaftsverbände dazu einen Beitrag leisten? Sollen und können Branchenverbände und Kammern Sanktionen gegenüber Einzelpersonen ausüben, wenn diese gegen die eigenen ethischen Berufsstandards verstoßen? Kann die im Finanzvertrieb vorherrschende Form der selbstständigen Handelsvertreter, die eigentlich Scheinselbstständige sind, durch reguläre Angestelltenarbeitsverhältnisse abgelöst werden, um den Verkaufsdruck mittels Provisionen zu durchbrechen?

Sozialpsychologie:

Kann etwas zur Persönlichkeitsstruktur der Entscheidungsträger innerhalb der Finanzwirtschaft ausgesagt werden? Gibt es normative Grundmuster, die quasi zu vorher-sagbaren Verhaltensmustern führen (etwa in Anlehnung an Nietzsches „Wille zur Macht“)? Wie ist deren Ausbildung und Karriereverlauf? Hat das Vergütungssystem der jeweiligen Bank „spekulative“ Geschäftsabschlüsse prämiert? Wie müssten Vergütungs-systeme zukünftig gestaltet werden, um die aufgetretenen "räuberischen" Entscheidungsprozesse definitiv auszuschließen? Wie müssen wirksame finanzielle und (straf-)rechtliche Sanktionen gestaltet werden, wenn den neuen Regeln nicht entsprochen wird?

Finanzielle Allgemeinbildung als pädagogische Herausforderung:

Wie kann die Allgemeinbildung in Bezug auf Finanzen eines Privathaushaltes, Vermögensbildung und private Altersvorsorge gestärkt werden? Ist die Einführung eines Schulfaches Wirtschaft und Geld sinnvoll, welche inhaltlichen Vorschläge für eine Lehrplangestaltung gibt es bereits? Wie können die Ergebnisse von „Behavioral Finance and Economics“ dafür verwendet werden? Wie kann es zu einem neuen rationalen Umgang seitens der Verbraucher mit dem Thema Geld kommen - jenseits von "Gier" oder "Neid"? Können Erziehung und Bildung ("Ethik") zum Thema Geld überhaupt etwas bewirken, oder bricht hier - sozusagen in kanalisierter Form - ein unvermeidbares sozialdarwinistisches Verhaltensmuster durch?

III. Soziologisches Erkenntnisinteresse

Diese Zusammenstellung von Fragen soll zur Anregung und zur Verdeutlichung der Vielschichtigkeit des behandelten Themas dienen. Sowohl die Gefährlichkeit, aber auch die daraus resultierenden gestalterischen Chancen sind hoffentlich deutlicher geworden. Das offensichtliche Versagen und teilweise geradezu „deviante“ Verhalten der Akteure in dieser Krise führt zwar zu berechtigter moralischer Empörung, diese muss aber in eine produktive und kreative Suche nach zukünftigen und vor allem realisierbaren Korrekturen transformiert werden. Keine neue Sozialromantik, sondern *intelligente und differenzierte* Kapitalismuskritik ist gefordert, die zu klaren ökonomischen und finanziellen, juristischen und ethischen Regeln von Einzelpersonen, Unternehmen und beteiligten Institutionen (einschließlich von Sanktionen bei Fehlverhalten) führt.

In der *Soziologie* als wissenschaftlicher Disziplin erscheint mir der gesamte Bereich von *Finanzwirtschaft und Finanzkapital* generell als zu wenig beachtet: Geldwirtschaft und globale Verflechtung, Banken und Versicherungen als zentrale volkswirtschaftliche Branchen, Finanzdienstleistungen als Beruf, Kundenbedürfnisse und Verbraucherschutz, Geld und Persönlichkeitsentwicklung usw. Als „Arbeitshypothese“ kann ich hier nur formulieren, dass dem wahrscheinlich deshalb so ist, weil Geld und Kapital aus einer vor allem *normativ* geprägten Perspektive schwer zu erfassen sind und schon als Forschungsgegenstand gewissermaßen anrühlich erscheinen können. Dabei müsste die Logik genau anders herum sein, denn ohne Ethik ist zwar alles nichts, aber eine reine Proklamation ethischer Grundsätze bleibt schlicht wirkungslos – wie nun wieder bewiesen wurde.

Unabhängig von der aktuellen Bankenkrise wäre allein folgende Fragestellung ein soziologisches Forschungsfeld par excellence: wie kann der Sozialstaat durch die private Finanzwirtschaft so ergänzt werden, dass privatwirtschaftliches Gewinnstreben und der notwendige Verbraucherschutz in all seinen Aspekten zu einem akzeptablen Ausgleich finden? Rentenreform und Gesundheitsreform wären selbstverständlich das vorrangige Erkenntnisinteresse. Ordnungspolitische, finanzwirtschaftliche, juristische und normative Vorgaben werden hierfür dringend gesucht! Wer in der Privatisierung teilstaatlicher Aufgaben per se aber lediglich "Teufelszeug" sieht, schließt sich selbst von der Gestaltung grundlegender gesellschaftspolitischer Fragestellungen aus.

Dasselbe gilt für die aktuelle Banken- und Finanzmarktkrise. Plastisch ausgedrückt: die stolzen Banker liegen am Boden und rufen um Hilfe. Immer wieder wird gesagt, es sei nur eine Krise *im* System, *nicht* des Systems selbst. So lange aber Krisen im System zur Existenzgefährdung des gesamten Systems führen können, ist etwas grundlegend faul. Die Chance zur Gestaltung der Auswege aus dieser Krise sollte sich auch die Soziologie in Empirie und Theorie nicht entgehen lassen.